

Das Engagement der Arabischen Liga in Syrien – Wiederbelebung oder Instrumentalisierung einer abgeschriebenen Institution?



DOI-Kurzanalysen
Ausgabe Februar 2013

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Benedikt van den Woldenberg

Das Engagement der Arabischen Liga in Syrien – Wiederbelebung oder Instrumentalisierung einer abgeschriebenen Institution?

Zusammenfassung

Der Funke des so genannten „Arabischen Frühlings“ erreichte Anfang 2011 auch Syrien. Bisher ist es Bashar al-Assad jedoch gelungen, seine Macht zu bewahren, während die Anzahl der zivilen Opfer mittlerweile auf 70.000 und die Zahl der Flüchtlinge auf über zwei Millionen gestiegen ist. Die Krise in Syrien hat allerdings einer weithin totgesagten Organisation – der Arabischen Liga – zu einer aktiveren Rolle verholfen, wie sie zuvor kaum wahrzunehmen war. Bis dato trat sie weniger als eigentändiger Akteur sondern vielmehr als Forum und Instrument in Erscheinung.

I. Einleitung

Im Zuge der jüngsten Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ rückte eine Organisation, die zuletzt eher als ineffektiv angesehen wurde, zurück in den Fokus: Die Liga der Arabischen Staaten (im Folgenden Arabische Liga, AL). Besonders hinsichtlich der Entwicklungen in Libyen und Syrien agierte diese überraschend aktiv – überraschend deshalb, weil sie in den Jahrzehnten zuvor kaum als energischer Akteur und eher als „zahnloser Tiger“ wahrgenommen wurde. Aus dieser Beobachtung leitet sich die Kernfrage dieser Kurzanalyse ab: Wurde die Arabische Liga im Zuge ihres Engagements im Syrien-Konflikt wiederbelebt und hat ihre Bedeutung zugenommen oder wurde sie lediglich instrumentalisiert?

Um diese Analyse liefern zu können, ist es zunächst unabdingbar, einige grundlegende Aspekte bezüglich der Arabischen Liga, besonders die Gründungsgeschichte und vorherige Versuche der Konfliktbeilegung, eingehender darzustellen. Im Folgenden stehen die aktuellen Entwicklungen in Syrien, vor allem das Engagement der Arabischen Liga im Fokus.

II. Historischer Hintergrund der Arabischen Liga

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gründeten die zum Teil gerade erst in die Unab-

hängigkeit entlassenen sechs Staaten Ägypten, Irak, (Trans-)Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien die Arabische Liga; der Jemen stieß unmittelbar danach dazu. Mit dem „Protokoll von Alexandria“ einigten sich diese Staaten zunächst am 7. Oktober 1944 auf grundlegende Eckpunkte, bevor sie dann am 23. März 1945 in Kairo die „Vereinbarung der Liga der Arabischen Staaten“ unterzeichneten. Während diese neue Institution auf der einen Seite der Idee einer gemeinsamen arabischen Identität Rechnung zu tragen schien, wurde die nationale Souveränität als grundlegendes Prinzip von Beginn an fest verankert. Im Laufe der Jahrzehnte schlossen sich die anderen arabischen Staaten dieser Organisation an, sodass diese aktuell 22 Mitglieder umfasst; wobei 15 hinzugekommenen sind: Algerien, Bahrain, Dschibuti, Katar, die Komoren, Kuwait, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, die Palästinensischen Gebiete (zuvor die PLO), Somalia, Sudan, Tunesien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate.

Der entstehende Konflikt zwischen den beiden ideologischen Hauptströmungen – der pan-arabischen und der der nationalen Souveränität – wirkte sich seit der Gründung negativ auf die Effektivität der AL aus. Auch deswegen wurde die AL zu Recht oftmals als „Papiertiger“¹ oder als „dumpf und langweilig“² bezeichnet. Eine der zutreffendsten Analysen zu diesem Dilemma wurde dann 2002 von den Vereinten Nationen im Rahmen des *Arab Human Development Report* formuliert:

“Perhaps no other group of states in the world has been endowed with the same potential for cooperation, even integration, as have the Arab countries. Nevertheless [...] Arab countries continue to face the outside world and the challenges posed by the region itself, individually and alone.”³

Bereits das zuvor erwähnte „Protokoll von Alexandria“ beschränkte die Aufgaben und Vollmachten der AL auf sechs Politikfelder:

1. wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten;
2. Kommunikation;

¹ Kutscher: Die Arabische Liga: Ein Papiertiger erwacht, 15.02.2012, <http://www.fokus-nahost.de/?p=447>.

² Salamé: Integration in the Arab World: The Institutional Framework, in: Luciani/Salamé (Hrsg.): The Politics of Arab Integration, London 1988, S. 256-279 (256).

³ United Nations: Arab Human Development Report. Creating Opportunities for Future Generations, New York 2002, S. 121.

3. kulturelle Angelegenheiten;
4. Fragen von Nationalität, Pässen und Visaangelegenheiten;
5. soziale Fragen und
6. Fragen der Gesundheitsversorgung.

Bemerkenswert ist, dass Außenpolitik ebenso wie Sicherheitspolitik oder Verteidigung nicht unter die Arbeitsschwerpunkte fallen, Mitgliedsstaaten ist es ferner erlaubt, bilaterale Vereinbarungen untereinander oder mit Drittstaaten zu treffen, solange diese nicht „[...] den Texten oder dem Grundgedanken der gegenwärtigen Übereinkunft widersprechen“. Ferner wurde das Prinzip der nationalen Souveränität, wie eingangs angesprochen, bereits in der „Vereinbarung der Liga der Arabischen Staaten“ niedergeschrieben. Artikel 1 dieses Dokuments verweist auf die Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten und positioniert die AL damit eben auch gegen einen eventuellen supranationalen Charakter in der Zukunft. Somit besitzt diese Organisation nicht die Kompetenzen, um selbst *als Akteur* tätig zu werden. Dies äußerte sich darin, dass bis in die 1980er Jahre von den mehr als 4.000 verabschiedeten Resolutionen 80% nicht umgesetzt wurden, was auf die mangelnde Verbindlichkeit von Entscheidungen schließen lässt. Dieses Problem erscheint weiterhin dann besonders signifikant, wenn Konflikte mit Drittstaaten existieren oder Streitigkeiten zwischen Drittstaaten zu lösen sind. Die AL spricht hierbei jedoch selten mit einer Stimme, sondern es kommt meist zur Bildung von Blöcken um die einflussreichsten Staaten; zu Beginn war das das reaktionäre Ägypten, später erlangte dann das konservativere Saudi-Arabien eine starke Stellung.

Um nun im weiteren Verlauf dieser Kurzanalyse das aktuelle Engagement der AL in Syrien beurteilen und einordnen zu können, erscheint es sinnvoll, zunächst einen Blick auf eben jene Lösungsansätze für interne Konflikte zu werfen. Die Charta der AL erteilt in Artikel 5 jedweder Intervention oder Anwendung von Gewalt eine klare Absage. Dieses Prinzip rührt im Wesentlichen von der bereits näher beleuchteten Priorität nationaler Souveränität her; Artikel 8 verpflichtet die Mitgliedsstaaten ferner, nicht nur eben jene territoriale Integrität der Staaten, sondern auch deren „politisches System“ zu respektieren. Instrumente und Verfahren zur Lösung von Konflikten sind nicht direkt innerhalb der Charta definiert, sowohl die in Artikel 1 festgeschriebene Ver-

pflichtung zur kollektiven Verteidigung als auch der erste Satz des fünften Artikels, welcher jedwede Anwendung von Gewalt im Falle von Konflikten untersagt, gelten jedoch als allgemein akzeptierter Rahmen.

Dennoch kam es entgegen diesen Prinzipien zu Konflikten; die wichtigsten waren der im Jemen 1962-1970 sowie der libanesischer Bürgerkrieg 1975-1990. Die AL hatte sich in beiden Fällen darum bemüht, eine „arabische Lösung“ zu finden. Hierbei handelt es sich um Konflikte innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten – was jedoch nicht heißt, dass nicht verschiedene arabische Länder versuchten, Einfluss zu nehmen oder gar einzugreifen. Ferner sanktionierte die AL den 1979 unterzeichneten bilateralen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel mit der Suspendierung des Mitgliedstaates Ägypten, welche für zehn Jahre anhielt und eine temporäre Verlegung des Hauptsitzes der Organisation nach Tunis zur Folge hatte.

Die irakische Invasion Kuwaits 1990 stellte die Organisation dann erstmals vor das Problem der Attacke eines Mitgliedsstaates auf einen anderen, was nicht nur dem pan-arabischen Gedanken widerspricht, sondern ebenso auch dem in der Charta festgeschriebenen Interventionsverbot. Ohne Zweifel handelte es sich hierbei um ein einschneidendes Ereignis, eine Zäsur für die AL. Die Bedeutung wurde dadurch verstärkt, dass die Mitgliedsstaaten zunächst darum bemüht waren, eine „arabische Lösung“ zu finden, also einer Involvierung von Drittstaaten zuvor zu kommen. Die Organisation zeigte sich jedoch gespalten in ein pro-kuwaitisches und ein pro-irakisches Lager. Diese Pattsituation verhinderte eine gemeinsame Position und damit auch eine arabische Lösung. Darüber hinaus waren die 1990er Jahre ein Jahrzehnt fundamentaler globalpolitischer Veränderungen, die sich auch auf die Einflussnahme und die Arbeitsweise der AL auswirkten: Mit dem Zerfall der Sowjetunion verloren einige arabische Staaten ihren wichtigsten externen Verbündeten. Somit sahen sich die blockfreien oder pro-westlichen arabischen Staaten mit einer gänzlich neuen Geopolitik konfrontiert.

III. Das Engagement in Syrien

Zu Beginn des Jahres 2011 sprang der revolutionäre Funke des „Arabischen Frühlings“ von Tunesien, Libyen und Ägypten auch auf

Syrien über. Die Zahl der Proteste im Land stieg vornehmlich in der Peripherie. Die Aufstände, die im Süden des Landes, genauer in Deraa, ausbrachen, und sich mittlerweile auf das gesamte Staatsgebiet ausgebreitet haben, vermochten jedoch auch bis zum Februar 2013 nicht das Regime von Präsident Bashar al-Assad zu stürzen. Während also innerhalb Syriens die Anzahl der Opfer massiv stieg und im Februar 2013 bei etwa 70.000 lag, Regierungstruppen mit immer größerer Brutalität gegen Demonstranten voringen, die Opposition sich zu organisieren sowie zum Teil auch zu militarisieren begann, war auf regionaler Ebene eine interessante Entwicklung zu verfolgen: Die AL wurde aktiv und begann die Situation in Syrien zu debattieren, während gleichzeitig auf der internationalen Bühne der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch das Vetosystem blockiert blieb. Besonders im Hinblick auf die eher zurückhaltende Stellung der AL in Tunesien und Ägypten erschien dieses Engagement unerwartet.

Zu Beginn verteidigte die AL offiziell noch die Priorität der nationalen Souveränität aller Mitgliedsstaaten. Im weiteren Verlauf trat diese Sichtweise jedoch zunehmend in den Hintergrund und der Ton gegenüber dem syrischen Regime wurde wesentlich kritischer und bestimmter. Am 16. Oktober 2011 kam es dann mit der Resolution 7435 zum ersten Versuch, dem Regime Bashar al-Assads direkt zu begegnen: Die Außenminister der einzelnen Mitgliedsstaaten forderten offiziell einen nationalen Dialog zwischen dem syrischen Regime sowie Vertretern der Opposition innerhalb von 15 Tagen. Das syrische Regime lehnte dies mit dem Verweis auf seine nationale Souveränität kategorisch ab. Auf Grund weiteren Drucks sowie der gravierenden Verschlechterung der Sicherheitslage im Land stimmte Syrien dann jedoch am 2. November 2011 in Resolution 7436 diesen Bedingungen und weiteren Forderungen, wie einem Ende jeder Gewaltanwendung gegen Demonstranten und der Freilassung politischer Gefangener, offiziell zu. Als das Regime dieser Vereinbarung dann allerdings nicht nachkam, suspendierte die AL Syriens Mitgliedschaft in Resolution 7438 am 12. November 2011. Lediglich Libanon, Jemen sowie Syrien selbst stimmten dagegen, der Irak enthielt sich. Dieser Schritt ist allerdings lediglich von temporärer Natur, denn sobald Syrien sich bereit erklärt, die festgelegten Bedingungen des na-

tionalen Dialogs umzusetzen, wird die Suspendierung aufgehoben. Dennoch kann die Initiative der AL als bemerkenswertes Zeichen der Stärke gesehen werden, da es ihr damit nicht nur gelungen ist, einen mehrheitlichen Beschluss zu fassen, sondern ferner auch noch ein klares Signal zu senden und Position gegen das syrische Regime zu beziehen. Auf der anderen Seite kann die Entscheidung, Syrien zu suspendieren, auch negative Konsequenzen haben, verliert die AL somit doch auch ihren Einfluss auf das Verhalten dieses Mitglieds.

Die Situation im Land selbst verschlechterte sich jedoch auch nach der Initiative der AL, die weitgehend wirkungslos blieb und eher als Zeichen der Einheit für die internationale Gemeinschaft als eine direkte Einflussnahme im innersyrischen Konflikt zu bewerten ist. Die Zahl der durch Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen beobachteten und dokumentierten Menschenrechtsverletzungen nahm weiter zu. Auch aus diesem Grund verstärkte die AL ihre Bemühungen, in Syrien zu einem Ende der Gewalt beizutragen. Am 16. November 2011 beschloss somit die AL in Resolution 7439 die Entsendung einer Beobachtermission nach Syrien. Diese sollte 166 Personen aus 31 Mitgliedsstaaten umfassen und dabei helfen, einen verlässlichen Einblick in die Realität in Syrien zu erlangen. Bereits die Ernennung des leitenden Offiziers erregte jedoch einige Gemüter, handelte es sich doch bei dem sudanesischen General Muhammad Ahmad Mustafa Al-Dabi um eine Person, die von verschiedenen Quellen mit Kriegsverbrechen in Darfur in Verbindung gebracht wurde. Sowohl die syrische Opposition als auch einige Nichtregierungsorganisationen kritisierten diese Entscheidung scharf. Die Mission selbst wurde dann von Beginn an mit großer Skepsis verfolgt, wirkliche Erkenntnisse hatten ihr auf Grund fragwürdiger syrischer Kooperation die wenigsten zugetraut. Im Abschlussbericht unterstützten die Beobachter dann die Initiierung eines nationalen Dialogs, da sie sonst kaum Chancen sahen, eine Verbesserung der Lage zu erreichen. Bashar al-Assad wies diesen Vorschlag jedoch erneut ab.

Während also das syrische Regime nicht zur Kooperation mit der AL bereit war, traten andere internationale Akteure verstärkt auf die Bildfläche. Die von den Vereinten Nationen eingerichtete „Aktionsgruppe für Syrien“

äußerte sich in ihrem Abschlussbericht zur Zukunft Syriens eher pessimistisch, verurteilte die „anhaltenden und eskalierenden Tötungen, Zerstörung und Menschenrechtsverletzungen“ und forderte, diese Situation zu beenden. Weite Teile der internationalen Gemeinschaft wurden nicht müde, Konferenzen zu organisieren, in denen Vertreter der Opposition zusammenkamen, um über Syriens Zukunft zu debattieren. Dennoch erschwerten es die oft zerstrittenen Positionen zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Opposition, eine einheitliche und klare Linie zu finden. Auch die AL begann mit den Vereinten Nationen zu kooperieren, um möglichst schnell eine Lösung für die sich weiter verschärfende Lage zu finden. Diese Bemühungen mündeten am 25. März 2012 in einem gemeinsamen Sechs-Punkte-Plan, welcher durch den Gesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, vorgebracht wurde. Dieser Plan wird seit September 2012 durch den Algerier Lakhdar Brahimi ausgefüllt.

Dieser Plan beruhte insbesondere auf der damaligen militärischen Lage, als Städte von der syrischen Armee belagert wurden und damit in erster Linie Zivilisten die Leidtragenden waren – das Viertel Baba Amr in Homs ist das bekannteste Beispiel. Daher wurde vom syrischen Regime gefordert, keine neuen Truppen in bewohnte Gebiete zu entsenden und dort befindliche abziehen sowie vom Gebrauch schwerer Waffen abzusehen. Da allerdings auch in der Folgezeit kaum diplomatische Fortschritte zu verzeichnen waren, griff der neue Sondergesandte Brahimi im November 2012 zu der eindrücklichen Warnung, Syrien drohe zu einem neuen Somalia zu werden⁴, sofern nicht bald eine Lösung gefunden werde.

Sowohl vor diesem Hintergrund der anhaltenden Erfolglosigkeit nicht nur der Internationalen Gemeinschaft, sondern auch der AL selbst, begannen einige Mitgliedsstaaten der AL, eigene Interessen zu verfolgen. Besonders Saudi-Arabien und Katar, die beide Mitglieder des Golfkooperationsrates sind, wurden aktiv und verfolgen massiv den Sturz des Regimes um Bashar al-Assad. Beide Staaten setzen sich nicht nur für eine harte Linie gegenüber Damaskus ein, sondern begannen auch verschiedene Gruppierungen der Rebellen mit Waffen und sonstigem notwendigem Material auszustatten. Offensicht-

lich werden einer diplomatischen Lösung nur wenig Erfolgsaussichten zugesprochen.

Für Saudi-Arabien bestehen im Wesentlichen zwei Gründe, aktiv zu werden: Auf der einen Seite ist es das Streben nach regionaler Hegemonie vor allem gegen Iran. Für die Islamische Republik stellt Syrien den letzten verbündeten Staat im Nahen Osten dar. Folglich sieht Riad hier eine Möglichkeit, iranischen Einfluss zurückzudrängen – eine Linie, die besonders durch den anhaltenden Atomkonflikt gerne auch von westlichen Staaten unterstützt wird. Auf der anderen Seite besteht die Leseart, wonach es sich in Syrien in erster Linie um einen religiös motivierten Aufstand handelt, bei dem sich die mehrheitlich sunnitische Bevölkerung also gegen eine Diktatur der alawitischen Minderheit erhebe. Diese Perzeption ist direkt verbunden mit dem saudischen Streben nach regionaler Hegemonie, denn sowohl Saudi-Arabien als auch Iran nehmen für sich selbst in Anspruch, religiöse Führungsmächte innerhalb der islamischen Welt sein zu wollen. Das Königreich beheimatet die beiden heiligsten Stätten des Islams, Mekka und Medina, und ist ferner darum bemüht, seine besonders strikte Auffassung des ‚wahren‘ Islams, die puristische sunnitisch-wahhabitische Ideologie, zu verbreiten. Iran hingegen ist der größte schiitische Staat und sieht sich seinerseits als Führungsmacht der schiitischen Muslime weltweit. In der Kombination dieser beiden Faktoren wurde in den vergangenen Jahren oftmals von der Gefahr des „schiitischen Halbmonds“, also einer schiitischen Achse von Iran im Osten über Irak und Syrien bis zum Libanon im Westen, gesprochen. Dieses Bedrohungsszenario enthält die beiden hier angeführten außenpolitischen Interessen Saudi-Arabiens in der Region: die des Kampfes um regionale Hegemonie sowie die religiöse Komponente. Ferner wird das Königreich von den USA unterstützt, vor allem um Iran davon abzuhalten, weitere Staaten der Region für sich zu gewinnen.

Die Beweggründe Katars auf der anderen Seite erscheinen weniger offensichtlich. Während der kleine Staat in der Vergangenheit um ein ausgeglichenes Verhältnis sowohl zu Iran als auch den USA bemüht war, steht dieses Gleichgewicht der Beziehungen vor einer Zerreißprobe. Im „Arabischen Frühling“ bietet sich Katar als Vermittler, als Mediator an. Diese Rolle strebt der kleine Staat seit

⁴ *BBC World*: Syria could turn into a new Somalia - UN's Brahimi, 6. November 2012, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-20220183>.

Längerem an – trotz seiner Größe hat sich Katar als Mediator etabliert, richtet darüber hinaus viele Veranstaltungen und Konferenzen globaler Reichweite aus, betreibt also ein erfolgreiches „foreign policy branding“⁵. In Syrien schlug sich das Emirat bereits früh auf die Seite der Opposition, was das Verhältnis zu Iran belastet. Katar arbeitet hier eng mit Saudi-Arabien zusammen und ist genauso wie das Nachbarland maßgeblich an der Bewaffnung der Freien Syrischen Armee sowie anderer Rebellengruppen beteiligt.

Saudi-Arabien und Katar zeigten sich deswegen besonders engagiert im Rahmen der AL. Zum einen liegt das an den eigenen Zielen der beiden Staaten, wie sie zuvor erläutert wurden. Darüber hinaus gilt es aber auch zu beachten, dass ein weiterer einflussreicher Staat in dieser Organisation weitgehend mit sich selbst beschäftigt war und ist: Ägypten. Das Land am Nil befindet sich nach dem Sturz von Hosni Mubarak und dem anschließenden politischen Übergangsprozess in einer Transitionsphase, die noch andauert und außenpolitische Aktivitäten einschränkt. Folglich widmet man sich momentan mit Priorität der Etablierung dieses neuen Systems; Parlament wie Präsident wurden gewählt und eine neue Verfassung wurde verabschiedet⁶. Hierbei gestaltet sich die Übergangsphase als überaus konfliktreicher Aushandlungsprozess über Machteinfluss verschiedener Akteure. Es kommt immer wieder zu Unruhen, Demonstrationen und Protesten gegen die gewählte Regierung der Muslimbrüder um Präsident Muhammad Mursi. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung blieb bislang aus, weiterhin bleibt die ägyptische Gesellschaft in unterschiedliche Gruppen zersplittert, die sich zunehmend unversöhnlicher gegenüberstehen. Dementsprechend haben der Konflikt in Syrien und ein größeres Engagement in der AL für Ägypten nur geringe Priorität.

IV. Fazit und durchblick

Angesichts des Engagements der AL lässt sich im Hinblick auf die eingangs formulierte Frage feststellen, dass diese Organisation eine prinzipielle Aufwertung erfahren hat. Während sich die Situation in Syrien stetig

verschlechterte, wurde sie aktiv und war bemüht, eine Lösung herbeizuführen. Im Hinblick auf den wenig aktiven Charakter der Organisation in den Jahrzehnten zuvor erscheint das zunächst als Erfolg. Letztlich waren die Anstrengungen jedoch nicht oder kaum erfolgreich. Besonders im weiteren Verlauf lässt sich aber ferner resümieren, dass die AL, wie es ihre Grundsätze festlegen, nicht als Akteur tätig wurde. Zu Beginn diente sie vor allem als Forum der anderen arabischen Staaten, später versuchten dann in erster Linie Saudi-Arabien und Katar ihren Einfluss geltend zu machen und die AL viel mehr als Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu nutzen. Während es somit zu weit greifen würde, von einer Wiederbelebung zu sprechen, scheint die Bezeichnung der Wiederentdeckung durchaus zutreffend – wenngleich hier betont werden muss, dass diese bestimmten Interessen einzelner Mitglieder folgte. Letztlich wird die Bedeutung der AL auch dadurch untergraben, dass besagte Staaten ihre eigenen Ziele auch ohne Beschluss der Liga unbehelligt weiter verfolgen können. Somit ist kaum von einem nennenswerten Bedeutungszuwachs zu sprechen.

Im Moment scheint es am wahrscheinlichsten, dass die Krise in Syrien andauern wird – die kürzlich von der UN veröffentlichten Zahlen, wonach bislang beinahe 70.000 Opfer zu beklagen sind, davon 10.000 alleine im Januar 2013, unterstreicht diese Einschätzung. Das Engagement der AL war und ist nicht von entscheidendem Erfolg gekrönt, ferner hat die Suspendierung Syriens, wenngleich sie ein starkes Signal sendet, eben auch dazu beigetragen, verbleibenden Einfluss zu verlieren. Einzelne Staaten, die seit Ausbruch der Proteste eine aktive Rolle innerhalb der Liga eingenommen haben, vor allem Saudi-Arabien und Katar, dürften sich, wie bereits zu beobachten ist, verstärkt unabhängig von der AL engagieren. Im Hinblick auf die AL als effizient agierendes multilaterales Gremium erscheint ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt und eine substantielle Reform der grundlegenden Probleme ist nicht absehbar – und dürfte von den einzelnen Mitgliedern auch kaum in Angriff genommen werden.

⁵ Peterson: Qatar and the World: Branding for a Micro-State, in: *Middle East Journal*, Vol. 60 Nr. 4 (2006), S. 732-748.

⁶ Einen detaillierteren Einblick in die aktuellen Umwälzungen bietet die DOI-Kurzanalyse Oktober 2012: Das ägyptische Militär nach dem Sturz Mubaraks – Bedeutungsverlust oder Machtkonsolidierung?.

Ausgewählte Literatur

BBC WORLD: Syria could turn into a new Somalia - UN's Brahimi, 6. November 2012,
<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-20220183>.

DOI-KURZANALYSE OKTOBER 2012: Das ägyptische Militär nach dem Sturz Mubaraks –
Bedeutungsverlust oder Machtkonsolidierung?

KUTSCHER, JENS: Die Arabische Liga: Ein Papiertiger erwacht, 15.02.2012,
www.fokus-nahost.de/?p=447.

PETERSON, J. E.: Qatar and the World: Branding for a Micro-State, in: *Middle East Journal*, Vol. 60
Nr. 4 (2006), S. 732-748.

SALAMÉ, GHASSAN: Integration in the Arab World: The Institutional Framework, in: Luciani/Salamé
(Hrsg.): *The Politics of Arab Integration*, London 1988, S. 256-279.

UNITED NATIONS: Arab Human Development Report. Creating Opportunities for Future Genera-
tions, New York 2002.

Impressum

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29
doi@deutsches-orient-institut.de
www.deutsches-orient-institut.de

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder
Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich
die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Autor

Benedikt van den Woldenberg

Chefredaktion:

Sebastian Sons

Layout:

Hui Pieng Lie

Editors:

Jan Deeg
Anna Fleischer
Susen Hollmig

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Gerald Bumharter
General Manager ABC International Banl plc

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe a. D.
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun, Vorsitzende des Lehrstuhls für
Kulturgeschichte und Gender Studies Humboldt Universität zu
Berlin Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Philipp Lührs, Regional Vice President
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bernd Romanski
Vorsitzender des NUMOV
Mitglied des Vorstands HOCHTIEF Solutions AG

Dr. Gerhard Schäfer
Leiter Wirtschaft und Politik a. D., Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung a.D.
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung

Präsident

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg, Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Abdul Ghaffar Yousef
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Sheikha Abdulla Al Misnad, Ph.D.
Präsidentin der Qatar University

Klaus-Uwe Benneter, HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft
mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstandes im NUMOV
Vorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck
Mitglied im Beirat des NUMOV
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik
Vodafone D2 GmbH

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut "Global Consulting and Government"

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Dr. Max Stadler, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieerat

Serkan Tören, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft